

Im Stadtbüro
Wichmannstraße 12
16816 Neuruppin

Telefon 03391.402 822
Fax 03391.700 866

Komm wir müssen reden! || Aula- Evangelisches Gymnasiums || 29. September 2011

Hintergrund

Am 24. September 2011 kam es im Zusammenhang mit den Gegenaktionen rund um den Aufzug der sogenannten „Freien Kräfte Neuruppins“ in Neuruppin u. a. zu 331 Identitätsfeststellungen und 221 Strafanzeigen. Die friedliche Intervention der Neuruppinerinnen und Neuruppiner bedarf der Aufarbeitung. Dazu luden das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ und die Fontanestadt Neuruppin am 29. September 2011 alle Betroffenen zum Stadtforum „Komm wir müssen reden!“ ein. Über 80 Besucherinnen und Besucher nahmen diese Gelegenheit wahr, um über ihre Erfahrungen und das Erlebte zu sprechen.

Inhalt

Im Verlauf des Abends begleitete das Moderationsteam die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entlang der Geschehnisse vom 24. September 2011. Hierbei berichteten die Betroffenen über die Situation während der Spontankundgebung, über die Situation nach ihrer Auflösung, über die Situation während der Räumung des Kessels und die Ereignisse während der Identitätsfeststellungen in der Poststraße.

Viele Bürgerinnen und Bürger berichteten dabei u. a. vom frühzeitigen und aggressiven Eingriff der Polizei in die Spontankundgebung, der Verhinderung von Zu- und Abgangsmöglichkeiten während der Spontankundgebung, von ständig wechselnden Ansprechpartnern bei der Polizei und dem unverhältnismäßigen Umgang mit Gegendemonstranten u. a. bei der langwierigen Identitätsfeststellung in der Poststraße. Abschließend konnten erste Einschätzungen zu den rechtlichen Lage für die Betroffenen gemacht werden.

Ergebnisse

Im Stadtforum nahmen viele Bürgerinnen und Bürger die Chance wahr, sich zu den Ereignissen mitzuteilen. Dabei bestätigten sich in den Zeugenberichten die bisherigen Beobachtungen der Veranstalter. Die Bündnisse boten weitergehende Hilfe zur rechtlichen und psychologische Beratung der Betroffenen an.

Im Ergebnis werden das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ und das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einen Bericht zu den Demonstrationsgeschehnissen und dem Polizeieinsatz am 24. September 2011 vorlegen. Dieser soll vor dem Innenausschuss des Potsdamer Landtages am 20. Oktober 2011 veröffentlicht werden, um so einen Beitrag zu Aufarbeitung und Auswertung zu leisten.

